



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Dr. Helmut Kaltenhauser** und
Fraktion (FDP)

Bayerischen Unternehmen einen harten Brexit erleichtern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, welche Vorgaben und Regelungen die in Bayern ansässigen Unternehmen im Falle eines harten Brexit (29.03.2019) in ihrem internationalen Geschäft kurz- oder mittelfristig erheblich beeinträchtigen könnten. Diese Prüfung sollte auch in Rücksprache mit den relevanten Verbänden geschehen.

Ein Bericht über diese Prüfung ist bis Ende Februar 2019 ebenso vorzulegen wie Vorschläge, mit welchen Maßnahmen zur Vereinfachung oder zur vorübergehenden Außerkraftsetzung solcher Vorschriften den Unternehmen ein harter Brexit erleichtert werden kann. Dabei sollen diese Vorschläge ausdrücklich keine direkten finanziellen Unterstützungsmaßnahmen umfassen.

Begründung:

Ein harter Brexit zum 29.03.2019 wird immer wahrscheinlicher. Große international tätige Unternehmen bereiten sich bereits intern auf ein solches Szenario vor, für kleinere und mittlere Unternehmen ist dies kaum zu leisten. Zudem sind manche gesetzliche und aufsichtliche Regelungen auf längere Sicht angelegt, so dass bei einer plötzlichen Änderung die Außenbeziehung mancher Unternehmen bis hin zur Existenzgefährdung Schaden nehmen kann. Schließlich kann eine solche Prüfung auch Anlass für eine erste Welle einer Entbürokratisierung sein.